

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

zu dem

Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“

Berichtersteller:

Abgeordneter Sven Schröder (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge das Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ in der vom Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vorgeschlagenen, veränderten Form annehmen.

„Der Landtag nimmt das Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ in der folgenden, veränderten Form an:

Wie bereits im März 2015 hat sich der Landtag mit den Forderungen des Volksbegehrens weiter intensiv auseinandergesetzt. Er bekräftigt die im Beschluss des Landtages im März 2015 getroffenen Einschätzungen der Bedeutung der Tierhaltung in Brandenburg.

Die Nutztierhaltung in Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Tierhaltung sorgt für regionale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze, erzeugt Produkte mit regionaler Herkunft, ist wichtig für Stoffkreisläufe in der Landwirtschaft und prägt das Bild der Kulturlandschaft. Die Nutztierhaltung - nicht nur in Brandenburg - befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen und gesellschaftlichen Wünschen. Einerseits zwingen der zunehmende Wettbewerb und das preisbewusste Einkaufsverhalten der Verbraucher die tierhaltenden Unternehmen ihre Produktionskosten fortlaufend zu senken, andererseits stehen die heutigen Produktionsmethoden der Nutztierhaltung teilweise in der gesellschaftlichen Kritik.

Der Landtag greift die Diskussion in der Zivilgesellschaft über eine moderne Tierhaltung auf. Übereinstimmung mit dem Volksbegehren sieht der Landtag in der Frage, dass Brandenburgs Landwirte die wichtigsten Partner in Fragen des Tierschutzes sind und dass eine artgerechte und flächenbezogene Nutztierhaltung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in Brandenburg gehört.

Gemäß Volksabstimmungsgesetz wird nur der gesamte Forderungskatalog des Volksbegehrens im Paket zur Abstimmung gestellt, nicht die Einzelforderungen. Da nicht alle Einzelforderungen durch den Landtag unterstützt werden, wird dem Volksbegehren nicht unverändert gefolgt, sondern es werden Anliegen des Volksbegehrens aufgenommen und konkretisiert.

In seiner Bewertung hat sich der Landtag davon leiten lassen, dass

- die Förderung von Tierhaltungsanlagen noch stärker als bisher mit einem höheren Tierwohlstandard verknüpft werden soll,
- das Kürzen von Schnäbeln und Kupieren von Schwänzen unmittelbar bei Vorliegen praktisch umsetzbarer Haltungsverfahren aufzugeben ist,
- die Umweltbelastung im Zusammenhang mit der Tierhaltung und der Antibiotikaeinsatz weiter reduziert und Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft begrenzt werden sollen.

Der Landtag sieht hier eine hohe Übereinstimmung mit den Forderungen des Volksbegehrens, betont aber zugleich, dass die damit einhergehende Weiterentwicklung der Tierhaltung zum Standard jedweder Tierhaltung in Brandenburg werden muss, unabhängig von der Größe der Anlagen.

Der Landtag unterstützt nicht die Forderung des Volksbegehrens nach Einführung eines Klagerechts für Tierschutzverbände. Die gesetzlichen Vorgaben des Tierschutzes binden die Genehmigungs- und Vollzugsbehörden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in der Agrarinvestitionsförderung für Stallbauten neben dem Verzicht auf die Basisförderung ab 2017 folgende Förderkriterien festzusetzen:
 - Begrenzung der Förderung auf Tierhaltungsanlagen mit einem Tierbesatz bis zu 2 Großvieheinheiten/ha landwirtschaftlicher Betriebsfläche,
 - Deckelung des Fördermittelanteils auf 600.000 € für Schweinemast- und Geflügelanlagen,
2. unter Beteiligung des Berufsstandes, des Aktionsbündnisses Agrarwende, der Wissenschaft und Interessenverbänden der Wirtschaft und des Tierschutzes bis Ende 2017 einen Tierschutzplan Brandenburg zu erarbeiten, der sich an bestehenden Landestierschutzplänen orientiert. Der Tierschutzplan wird ein Maßnahmenprogramm für die Nutztierhaltung zur Optimierung des Managements und der Haltungsbedingungen hinsichtlich des Tierwohls, zum Aufbau von Demonstrationsbetrieben, zum Verzicht auf das Kupieren von Schwänzen und Schnäbeln und zur Umsetzung des Arzneimittelgesetzes zur Verbesserung der Transparenz und zur Reduzierung der Antibiotikaaanwendung enthalten. Ziel ist die Umsetzung des Vollzugs der EU-Richtlinie 2008/120/EG und des Tierschutzgesetzes zum Kupierverbot bis 2019. Der Tierschutzplan wird evaluiert und fortgeschrieben.
3. auf Bundesebene die anstehenden Novellierungen der Düngeverordnung und des Immissionsschutzrechts sowie die Umsetzung des Arzneimittelgesetzes im Sinne des Tier-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes und der Landwirtschaft aktiv zu begleiten, insbesondere für Verfahren der betriebsbezogenen Nährstoffbilanz (Nährstoffvergleiche, Hoftorbilanz) im Düngerecht einzutreten, um Nährstoffüberschüsse wirksam zu vermeiden,
4. zu prüfen, in welchen Gebieten mit hoher Nitratbelastung von der Länderöffnungsklausel nach § 13 des Entwurfs der Düngeverordnung zur Einführung besonderer Schutzbestimmungen nach den dort vorgegebenen Kriterien Gebrauch zu machen ist,
5. die Anschaffung von Landwirtschaftstechnik zur Emissionsminderung bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern zu fördern,
6. eine/n hauptamtliche/n Tierschutzbeauftragte/n zu berufen. Der/Die Tierschutzbeauftragte ist unabhängig tätig und wird von einer Geschäftsstelle unterstützt. Er/Sie wird die Landesregierung in Fragen der Tierhaltung beraten

und zu fachlichen und rechtlichen Fragen Stellung nehmen, Ansprechperson für Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Tierhalter sein, ihm/ihr bekannt gewordene Verstöße gegen Tierschutzrecht und Missstände gegenüber den zuständigen Behörden beanstanden, Initiativen zum Tierwohl entwickeln

und umsetzen und eine aktive Information der Öffentlichkeit betreiben. Er/Sie ist berechtigt, Stellungnahmen in Genehmigungsverfahren zum Bau von Stallanlagen mit obligatorischer Umweltverträglichkeitsprüfung abzugeben.

7. über einen Filtererlass den freiwilligen Einbau von Filtersystemen in Schweine-mastanlagen mit mehr als 10 000 Mastplätzen innerhalb von 4 Jahren anzustreben und verpflichtend innerhalb von 7 Jahren umzusetzen,
8. bis Ende 2016 zu prüfen, wie die kommunalen Einflussmöglichkeiten, die Bürgerinformation und -beteiligung im Zusammenhang mit der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können.“

Bericht:

A. Allgemeines

Gemäß § 21 Absatz 6 des Volksabstimmungsgesetzes vom 14. April 1993 (GVBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 4. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 26 S. 4) geändert worden ist, stellte das Präsidium in seiner Sitzung am 2. März 2016 das nachstehende Gesamtergebnis des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ durch Beschluss fest:

Zahl der Eintragungslisten:	873
Zahl der in den Eintragungslisten geleisteten Eintragungen:	55 125
Zahl der in den Eintragungslisten geleisteten ungültigen Eintragungen:	1 230
Zahl der in den Eintragungslisten geleisteten gültigen Eintragungen:	53 895
Eintragungsscheine insgesamt:	51 618
Zahl der ungültigen brieflichen Eintragungen:	1 968
Zahl der gültigen brieflichen Eintragungen:	49 650
Zahl der insgesamt in den Eintragungslisten und auf den Eintragungsscheinen geleisteten Eintragungen:	106 743
Zahl der insgesamt ungültigen Eintragungen:	3 198
Zahl der insgesamt gültigen Eintragungen:	103 545
Zahl der noch nicht entschiedenen Widersprüche:	0
Zahl der noch möglichen Widersprüche:	0

Es wurde ferner festgestellt, dass das Volksbegehren zustande gekommen ist, da mindestens 80.000 Stimmberechtigte dem Volksbegehren ordnungsgemäß zugestimmt haben.

Die Bekanntmachung dieses Gesamtergebnisses des Volksbegehrens erfolgte durch die Präsidentin des Landtages Brandenburg am 2. März 2016 im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Brandenburg Teil I.

Damit wurde der Weg für die Behandlung des Volksbegehrens im Landtag Brandenburg entsprechend §§ 24 ff. Volksabstimmungsgesetz eröffnet.

Infolgedessen hat der Landtag Brandenburg in seiner 25. Sitzung am 10. März 2016 das Volksbegehren federführend an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz überwiesen.

Der Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft befasste sich sowohl in seiner 17. Sitzung am 16. März 2016 als auch abschließend in seiner 18. Sitzung am 13. April 2016 mit dem Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“.

B. Beratung

Das Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ verfolgt in Form von Einzelforderungen das Ziel, den Landtag aufzufordern, „...alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die stetige Ausbreitung der Massentierhaltungsanlagen in Brandenburg zu unterbinden“. Die Einzelforderungen des Volksbegehrens sind

- die finanzielle Förderung ausschließlich bei artgerechter Tierhaltung,
- das Verbot des Abschneidens („Kupierens“) von Schwänzen und Schnäbeln,
- die Schaffung eines/einer Landestierschutzbeauftragten,
- ein Mitwirkungs- und Klagerecht für anerkannte Tierschutzverbände sowie
- die Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundesrat, um auf Bundesebene,
 - eine Verschärfung des Immissionsschutzrechtes zu erwirken,
 - die Düngeverordnung zu novellieren,
 - den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung zu reduzieren und
 - das Selbstbestimmungs- und Mitspracherecht der Kommunen in Genehmigungsverfahren für Anlagen der Massentierhaltung zu stärken.

Der Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft hat in seiner 17. Sitzung am 16. März 2016 gemäß § 24 Absatz 3 Volksabstimmungsgesetz die von den Vertretern der Volksinitiative benannten zwei Sachverständigen angehört. Zusätzlich dazu erhielten im Rahmen dieser Sitzung auf einstimmigen Beschluss des Ausschusses drei Vertreter der Volksinitiative und zwei Vertreter der Landesbauernverbandes Brandenburg e. V. die Gelegenheit, ihre Positionen darzulegen.

Der Sachverständige Herr Eckhard Niemann (ABL Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) nannte die im Zusammenhang mit der Baugesetzbuch-Novelle aus dem Jahr 2013 festgelegten Tierplatzzahlen und verwies auf die Anwendung dieser Zahlen in zahlreichen Bundesländern als Obergrenzen für eine staatliche Investitionsförderung beim Bau von Ställen. Zur Notwendigkeit des Abschneidens von Schnäbeln und des Kupierens von Schwänzen wies er darauf hin, dass das ein Indiz dafür sei, dass die Haltungsbedingungen nicht in Ordnung seien. Als entscheidenden Faktor, die Ursachen des Schwanzbeißens zu verhindern, nannte er das Angebot von Stroh oder ähnlichen organischen Stoffen. Abschließend sprach er sich für einen bereits in mehreren Bundesländern praktizierten Tierschutzplan aus, in dem für alle Tierarten die wichtigsten Missstände genannt und aufgelistet würden und in dem klare Fristen zur Beendigung dieser Missstände verankert seien.

Der Sachverständige Rechtsanwalt Peter Kremer (Fachanwalt für Verwaltungsrecht) nahm zu der Forderung des Volksbegehrens nach einer Verbandsklage für anerkannte Tierschutzverbände Stellung. Dabei betonte er, dass die Einführung einer solchen Klagemöglichkeit die schlichte Umsetzung des rechtsstaatlichen Gebots darstelle. Der maximale Erfolg einer solchen Verbandsklage im Tierschutzrecht bestehe darin, dass die Einhaltung bestehender Gesetze erreicht werde. Nach einer Gegen-

überstellung der Wirkungen einer Anfechtungsklage und einer Feststellungsklage sprach er die Empfehlung aus, eine zukünftige Verbandsklage als Anfechtungsklage auszugestalten, wobei eine Klagewelle nicht zu befürchten sei. Abschließend wies er darauf hin, dass die Einführung eines Klagerechts von anerkannten Tierschutzverbänden daneben eine positive Vorwirkung haben würde.

Hinsichtlich der im Einzelnen vertretenen Positionen der Vertreter der Volksinitiative und der Vertreter des Landesbauernverbandes Brandenburg e. V. wird auf die Ausführungen im Ausschussprotokoll (P-ALUL 6/17) verwiesen.

Der mitberatende Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz beriet in seiner 15. Sitzung am 13. April 2016 über seine Stellungnahme an den federführenden Ausschuss. Dem mitberatenden Ausschuss lagen hierzu ein Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ein gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vor. Die Stellungnahme wurde dem federführenden Ausschuss mit Schreiben vom 13. April 2016 übermittelt (Anlage 1).

Zur abschließenden Beratung in seiner 18. Sitzung am 13. April 2016 lagen dem Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft neben der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses ein Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor (Anlage 2).

Die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE erklärten, dass sie sich die in der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses übermittelte Beschlussempfehlung als ihren Beschlussvorschlag zu Eigen machen würden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bewertete den durch die Vertreter der Volksinitiative mit den Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion ausgehandelten Kompromiss als beachtlichen Verhandlungserfolg, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass dieser Kompromiss nicht das gesamte Paket darstelle und daher die Fraktion an ihrem Antrag festhalten würde. Ihr Antrag gehe, bis auf die Forderung nach Schaffung eines Landestierschutzbeauftragten, über den ausgehandelten Kompromiss hinaus und beinhalte weitere Präzisierungen, um den Tierschutz im Land Brandenburg voranzubringen. So beinhalte ihr Antrag neben dem Verzicht auf die Basisförderung auch eine Spezifizierung der Premiumförderung, beispielsweise durch ein erhöhtes Platzangebot. Bei dem Verbot des Abschneidens von Schnäbeln und des Kupierens von Schwänzen sehe ihr Antrag kürzere Fristen vor. Außerdem würde die Fraktion die Schaffung von Mitwirkungs- und Klagerechte für anerkannte Tierschutzverbände empfehlen, was den größten Streitpunkt darstelle. Die Fraktion kündigte schließlich an, dass sie auch zukünftig an den dargestellten, weitergehenden Forderungen festhalten werde und sich in diesem Zusammenhang als Wächter verstehe. Nichtsdestotrotz sei man mit dem hier gefundenen Kompromiss auf einem guten Weg und werde sich daher bei der Abstimmung zum Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE enthalten.

Die SPD-Fraktion merkte zu dem gemeinsamen Beschlussvorschlag an, dass das erfolgreiche Volksbegehren deutlich gezeigt habe, dass ein gesellschaftliches Interesse bestehe, sich mit diesem Thema zu befassen. Das habe die Fraktion dazu veranlasst, in Kompromissverhandlungen mit den Vertretern der Volksinitiative zu treten. Von vornherein habe es bereits eine klare Ablehnung der Forderung nach Mitwir-

kungs- und Klagerechten von anerkannten Tierschutzverbänden gegeben, weil man Investitionssicherheiten für Investoren in der Nutztierhaltung sicherstellen wolle. Im Bereich des Tierschutzes wies die Fraktion die Kritik zurück, dass die Maßnahmen nicht ausreichend seien. So habe sich in den letzten Jahren in diesem Bereich schon sehr viel bewegt. Der Kompromissvorschlag stelle eine Fortführung dessen dar. Die Fraktion betonte weiter, dass die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Brandenburg sei. Die Nutztierhaltung präge als Teil des Stoffkreislaufs die Landschaft und werde vor dem Hintergrund, dass Brandenburg ein nutztierarmes Land sei, ausdrücklich gewollt. Gleichwohl versuche man mit dem Kompromissvorschlag auch das Tierwohl zu stärken und sei mit der vorgeschlagenen Premiumförderung deutschlandweit auf einem sehr hohen Niveau.

Die CDU-Fraktion wertete den mit den Koalitionsfraktionen gefundenen Weg als guten Kompromiss in einer wichtigen gesellschaftspolitischen Frage. Viele Positionen aus dem Kompromissantrag der CDU-Fraktion würden sich in dem vorliegenden gemeinsamen Beschlussvorschlag wiederfinden, so beispielsweise die Einführung eines hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten und die Erarbeitung eines Landestierschutzplans. Dabei betonte die Fraktion, dass großer Wert darauf gelegt worden sei, dass es zu keiner einseitigen Entscheidung zulasten der Landwirtschaft komme. So werde auch zukünftig der Prozess dahingehend begleitet, dass die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft nicht in Frage gestellt werde und dass es zu praktikablen und unbürokratischen Lösungen komme.

Die Fraktion DIE LINKE betonte, dass mit der Annahme des Kompromisses durch die Initiatoren der Landtag einen Vertrauensvorschuss bekommen habe. Auf der weiteren Stufe gehe es darum, den Kompromiss inhaltlich auszugestalten. Kern des Kompromisses sei dabei der Tierschutzplan, der die verschiedenen Akteure aufrufe, diesen Plan mit konkreten Maßnahmen zur besseren Organisation der Tierhaltung zu hinterlegen. Die Fraktion betonte dabei, dass sich der Kompromiss nicht gegen die Landwirtschaft richte. Diese werde vielmehr als ein großer Wirtschaftsfaktor für den ländlichen Raum angesehen. Jedoch sei daneben anzuerkennen, dass sich die Anforderungen des Verbrauchers an die Landwirtschaft geändert hätten. Der Vorschlag zielen daher auf die Erarbeitung von Antworten auf diese Anforderungen. Die Fraktion wies abschließend darauf hin, dass der Kompromissvorschlag bezüglich der Forderungen des Volksbegehrens zu Maßnahmen auf Bundesebene Eckpunkte formuliere, mit denen das entsprechende Vorgehen auf Bundesebene unterstützt werde.

Die AfD-Fraktion erklärte, den von den Fraktionen der SPD, der CDU und DIE LINKE gefundenen Kompromiss unterstützen zu wollen, auch wenn sie sich gewünscht hätte, in diesen Prozess miteingebunden zu werden. Nichtsdestotrotz begrüßt die Fraktion den Beschlussvorschlag insbesondere vor dem Hintergrund, dass es aufgrund eines Aktes der direkten Demokratie ermöglicht worden sei, wofür sie sich ausdrücklich einsetze. Die Fraktion wiederholte abschließend ihre Forderung nach der Etablierung eines Runden Tisches, um alle Beteiligten stärker in den Prozess einzubinden.

In der abschließenden Abstimmung wurde der Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einer Ja-Stimme bei acht Nein-Stimmen und einer Enthaltung (1 : 8 : 1) mehrheitlich abgelehnt.

Danach stimmte der Ausschuss einstimmig mit acht Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen (8 : 0 : 2) für den gemeinsamen Beschlussvorschlag von der SPD-Fraktion, der

CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE aus der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz und damit für die Beschlussempfehlung, dem Landtag die Annahme der Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ in der geänderten Form (Anlage 1) zu empfehlen.

Im Anschluss an die Abstimmung reichten die Vertreter der Volksinitiative beim Vorsitzenden des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft eine schriftliche Erklärung ein, dass sie beabsichtigen, einen Antrag nach § 26 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Volksabstimmungsgesetz auf Erledigung des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ beim Landtag Brandenburg im Rahmen seiner 26. (Sonder-) Sitzung am 19. April 2016 zu stellen (Anlage 3). Die Bedingung dafür sei, dass der Landtag das Volksbegehren in der vom Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft beschlossenen Form annimmt.

Sven Schröder
Berichtersteller und Vorsitzender
des Ausschusses für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft

Anlagen

- Anlage 1: Stellungnahme des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz vom 13. April 2016
- Anlage 2: Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 8. April 2016
- Anlage 3: Schriftliche Absichtserklärung von drei Vertretern der Volksinitiative gegen Massentierhaltung bezüglich der Beantragung der Erledigung des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ gemäß § 26 Absatz 2, Absatz 3 Volksabstimmungsgesetz in der 26. (Sonder-) Sitzung des Landtages Brandenburg am 19. April 2016



Anlage 1



Landtag Brandenburg, Postfach 60 10 64, 14410 Potsdam

Vorsitzenden
des Ausschusses für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft
Abg. Sven Schröder, MdL

Ausschuss für Europaan-
gelegenheiten, Entwick-
lungspolitik und Verbrau-
cherschutz

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 13. April 2016

Stellungnahme

des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz in der Mitberatung zum Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Landtag hatte das vorbezeichnete Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ in seiner 25. Sitzung am 10. März 2016 an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft - federführend - und zur Mitberatung an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz überwiesen.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz befasste sich mit dem Beratungsgegenstand in seiner 14. Sitzung am 2. März 2016 und beriet über die weiteren Verfahrensschritte im Fall einer möglichen Überweisung durch das Landtagsplenum. In der Sitzung verständigte er sich einvernehmlich darauf, im Fall einer Mitberatung des Volksbegehrens eine Stellungnahme in einer Sondersitzung an Ihren Ausschuss zu erarbeiten.

Der Ausschuss verhielt sich in seiner außerplanmäßigen 15. Sitzung am 13. April 2016 abschließend zu einer Stellungnahme für den federführenden Ausschuss. Hierzu lagen den Ausschussmitgliedern ein Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vgl. Anlage 1) sowie ein Neudruck eines gemeinsamen Beschlussvorschlages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (vgl. Anlage 2) vor.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass ihr Beschlussvorschlag deutlich mache, dass die Fraktion nicht sehe, dass der Kompromiss schon ausreiche, um den Konflikt im Land wirklich dauerhaft zu bewältigen. Es sei ein Anfang. Da müsse aber noch einiges mehr dazu kommen. Zu den konkreten Unterschieden führte die Fraktion aus, dass beim Thema Förderung im Kompromiss erreicht worden sei, dass die Basisförderung abgeschafft werde und nur noch die Premiumförderung gelte. Die Fraktion sei der Auffassung, dass hätte nach

niedersächsischem Vorbild ausgeweitet werden müssen. Da hätten noch ein paar deutliche Kriterien mehr hineingemusst: zum Beispiel mehr Platzangebot und mehr Auslauf. Das möchte die Fraktion heute zur Abstimmung stellen, um deutlich zu machen, wo denn die Reise hingehen könne, wenn sie den Anfang jetzt geschafft hätten. Sie hätte andere Fristen beim Kuppieren von Schnäbeln und Schwänzen vorgeschlagen, seien da aber offen. Sie freuten sich sehr, dass es eine Übereinstimmung gebe beim Landestierschutzbeauftragten. Sie würden insbesondere um die Frage Verbandsklagerecht ringen, was in dem Kompromiss nicht enthalten sei. Das Aktionsbündnis habe gekämpft, soweit es gekonnt habe. Mehr sei mit der SPD-Fraktion offensichtlich zurzeit noch nicht möglich. Das sei aber auch nur ein Anfang. Da würden sie weiterringen. Die Fraktion freue es, dass es bei der CDU-Fraktion Bewegung gegeben habe beim Thema Immissionsschutzrecht und beim Thema Dünge. Die Fraktion finde, und das sehe man an ihrem Antrag, dass es noch weiter hätte gehen müssen. Sie hätten noch mehr Regelungen gebraucht. Allerdings allein der Prüfauftrag, für besonders betroffene Gebiete in Brandenburg zu schauen, ob man da nicht die Länderöffnungsklausel nutzen könne, werte die Fraktion als erheblichen Fortschritt. Es sei auch eine Bewährungsprobe, die sie alle als Abgeordnete im Landtag bewältigen müssten, ob der Kompromiss auch umgesetzt werde. Ihr Antrag dokumentiere, wohin es noch gehen müsse.

Die SPD-Fraktion sagte, es gehe mit dem Neudruck des Beschlussvorschlages von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE darum, der Landwirtschaft den notwendigen Raum zu geben. Die landwirtschaftlichen Betriebe seien die Lebensadern im ländlichen Raum. Neben der Wirtschaftskraft sei es wichtig für die Menschen, dass die Betriebe ihre Nahrung herstellen würden. Daneben wollten sie dabei, das sei ein Nebeneinander und kein Gegeneinander, mehr Tierwohl, durch die angesprochenen Verordnungen mehr Schutz für Natur und Mensch und die Beteiligung der Bürger. Es sei ein sehr guter Anfang. Sie würden nicht verstehen, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesem Anfang nicht einfach anschließe und sage, dass sei ein guter Beginn und da würden viele mitmachen, darunter die CDU-Fraktion, die sich aktiv an dem Prozess beteiligt habe. Wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage, sie sei eher für den Volksentscheid gewesen, damit man über das Thema weiter diskutiere, dann müsse die Fraktion gucken, dass sie nicht zu einer Polarisierung komme und hier Interessen gegeneinander ausspiele. Von daher würden die Koalitionsfraktionen es begrüßen, wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie angekündigt nächste Woche mitmache. Die Landwirtschaft brauche den Verbraucher, aber der Verbraucher benötige auch die Brandenburger Landwirtschaft, die sie hier massiv unterstützen würden.

Die CDU-Fraktion führte aus, dass mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag für das Tierwohl eine Menge erreicht sei, insbesondere die Einführung des hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten, aber auch die Erarbeitung eines Landestierschutzplanes seien für die Fraktion wesentliche Forderungen, die sich in dem Kompromiss wiederfinden würden. Sie hätten als Fraktion von Anfang an deutlich gemacht, dass es für sie bei dem Thema auch rote Linien gebe, die man nicht überschreiten sollte, weil Landwirtschaft am Ende wirtschaftlich und praktikabel bleiben müsse. Man sollte nicht zu bürokratischen Lösungen kommen, die für die Landwirtschaft nicht machbar seien. Das Verbandsklagerecht sei ein Punkt gewesen, wo die Fraktion von Anfang an deutlich gemacht habe, dass das aus ihrer Sicht die Gefahr des Missbrauchs

berge und auch Investitionen im Bereich der Landwirtschaft hätte erschweren können. Darüber hinaus hätten sie im Kompromissantrag jetzt Punkte enthalten, die sie mit Prüfaufträgen untersetzt hätten, wo sie die nächsten Monaten und Jahren dran zu arbeiten hätten.

Die Fraktion DIE LINKE betonte, dass mit der Annahme des Kompromisses durch die Initiatoren der Landtag einen Vertrauensvorschuss bekommen habe. Jetzt gelte es, das inhaltlich umzusetzen und zu zeigen, die Abgeordneten meinten es ernst mit dem Kompromiss. Sie hätten mit diesem reagiert auf die Diskussion in der Öffentlichkeit. Die Landwirtschaft werde sich mit der Annahme dieses Kompromisses dafür weiter stark machen, dass die Anforderungen, die die Verbraucher an die Landwirtschaft stellen würden, umgesetzt würden. Das Kernstück des Kompromisses sei der Tierschutzplan. Mit der Regelung, dass der Berufsstand, die Wissenschaft, Interessensverbände und das Aktionsbündnis Agrarwende eingebunden würden in die Erarbeitung des Tierschutzplanes, würden diese selber über die notwendigen Maßnahmen sprechen. Gerade wegen dieses Kernstückes und weil sie versuchen würden, alle Akteure an einen Tisch zu versammeln, hätten sie gedacht, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschließen könne, dem Kompromiss zuzustimmen. Sie würden die Fraktion darum bitten, darüber nachzudenken, sich dem Papier mit anzuschließen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass sie klar sagen könne, warum sie sich nicht anschließe. Es gebe eine Spaltung in der Gesellschaft, wo sie vielleicht einen Weg gefunden hätten, da heraus zu kommen. Das Misstrauen sei aber noch besonders groß. Wenn sie die Reaktion des Landesbauernverbandes Brandenburg e. V. oder des Bauernbundes Brandenburg e. V. jetzt sehe, dann sei der Weg noch weit. Sie würde dem Frieden nicht trauen, würde aber glauben, dass da eine Chance liege. Sie werde es wohlwollend kritisch begleiten. Wenn die Fristen, die in dem Antrag genannt seien, beendet seien, dann könne man sich das anschauen, ob die SPD geliefert habe.

Die SPD-Fraktion führte aus, dass sie alle dies mit dem Beschlussvorschlag kritisch wohlwollend begleiten würden. Gerade jetzt wäre es wichtig, dass hätte man bei den ersten Reaktionen der beteiligten Verbände gemerkt, diesen Brückenschlag breit demokratisch zu unterstützen, um zu signalisieren, dass sei ein Anfang, aber man dürfe auch niemanden überfordern.

Im Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz den Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich (1 : 9 : 0) abgelehnt und dem Neudruck eines gemeinsamen Beschlussvorschlages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE einstimmig (8 : 0 : 2) zugestimmt und damit dafür votiert, dem federführenden Ausschuss folgenden Beschluss zu empfehlen:

„Der Landtag nimmt das Volksbegehren ‚Volksinitiative gegen Massentierhaltung‘ in der folgenden, veränderten Form an:

Wie bereits im März 2015 hat sich der Landtag mit den Forderungen des Volksbegehrens weiter intensiv auseinandergesetzt. Er bekräftigt die im Beschluss des

Landtages im März 2015 getroffenen Einschätzungen der Bedeutung der Tierhaltung in Brandenburg.

Die Nutztierhaltung in Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Tierhaltung sorgt für regionale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze, erzeugt Produkte mit regionaler Herkunft, ist wichtig für Stoffkreisläufe in der Landwirtschaft und prägt das Bild der Kulturlandschaft. Die Nutztierhaltung - nicht nur in Brandenburg - befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen und gesellschaftlichen Wünschen. Einerseits zwingen der zunehmende Wettbewerb und das preisbewusste Einkaufsverhalten der Verbraucher die tierhaltenden Unternehmen ihre Produktionskosten fortlaufend zu senken, andererseits stehen die heutigen Produktionsmethoden der Nutztierhaltung teilweise in der gesellschaftlichen Kritik.

Der Landtag greift die Diskussion in der Zivilgesellschaft über eine moderne Tierhaltung auf. Übereinstimmung mit dem Volksbegehren sieht der Landtag in der Frage, dass Brandenburgs Landwirte die wichtigsten Partner in Fragen des Tierschutzes sind und dass eine artgerechte und flächenbezogene Nutztierhaltung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in Brandenburg gehört.

Gemäß Volksabstimmungsgesetz wird nur der gesamte Forderungskatalog des Volksbegehrens im Paket zur Abstimmung gestellt, nicht die Einzelforderungen. Da nicht alle Einzelforderungen durch den Landtag unterstützt werden, wird dem Volksbegehren nicht unverändert gefolgt, sondern es werden Anliegen des Volksbegehrens aufgenommen und konkretisiert.

In seiner Bewertung hat sich der Landtag davon leiten lassen, dass

- die Förderung von Tierhaltungsanlagen noch stärker als bisher mit einem höheren Tierwohlstandard verknüpft werden soll,
- das Kürzen von Schnäbeln und Kupieren von Schwänzen unmittelbar bei Vorliegen praktisch umsetzbarer Haltungsverfahren aufzugeben ist,
- die Umweltbelastung im Zusammenhang mit der Tierhaltung und der Antibiotikaeinsatz weiter reduziert und Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft begrenzt werden sollen.

Der Landtag sieht hier eine hohe Übereinstimmung mit den Forderungen des Volksbegehrens, betont aber zugleich, dass die damit einhergehende Weiterentwicklung der Tierhaltung zum Standard jedweder Tierhaltung in Brandenburg werden muss, unabhängig von der Größe der Anlagen.

Der Landtag unterstützt nicht die Forderung des Volksbegehrens nach Einführung eines Klagerechts für Tierschutzverbände. Die gesetzlichen Vorgaben des Tierschutzes binden die Genehmigungs- und Vollzugsbehörden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in der Agrarinvestitionsförderung für Stallbauten neben dem Verzicht auf die Basisförderung ab 2017 folgende Förderkriterien festzusetzen:
 - Begrenzung der Förderung auf Tierhaltungsanlagen mit einem Tierbesatz bis zu 2 Großvieheinheiten/ha landwirtschaftlicher Betriebsfläche.
 - Deckelung des Fördermittelanteils auf 600.000 € für Schweinemast- und Geflügelanlagen.
2. unter Beteiligung des Berufsstandes, des Aktionsbündnisses Agrarwende, der Wissenschaft und Interessenverbänden der Wirtschaft und des Tierschutzes bis Ende 2017 einen Tierschutzplan Brandenburg zu erarbeiten, der sich an bestehenden Landestierschutzplänen orientiert. Der Tierschutzplan wird ein Maßnahmenprogramm für die Nutztierhaltung zur Optimierung des Managements und der Haltungsbedingungen hinsichtlich des Tierwohls, zum Aufbau von Demonstrationsbetrieben, zum Verzicht auf das Kupieren von Schwänzen und Schnäbeln und zur Umsetzung des Arzneimittelgesetzes zur Verbesserung der Transparenz und zur Reduzierung der Antibiotikaaanwendung enthalten. Ziel ist die Umsetzung des Vollzugs der EU-Richtlinie 2008/120/EG und des Tierschutzgesetzes zum Kupierverbot bis 2019. Der Tierschutzplan wird evaluiert und fortgeschrieben.
3. auf Bundesebene die anstehenden Novellierungen der Düngeverordnung und des Immissionsschutzrechts sowie die Umsetzung des Arzneimittelgesetzes im Sinne des Tier-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes und der Landwirtschaft aktiv zu begleiten, insbesondere für Verfahren der betriebsbezogenen Nährstoffbilanz (Nährstoffvergleiche, Hoftorbilanz) im Düngerecht einzutreten, um Nährstoffüberschüsse wirksam zu vermeiden.
4. zu prüfen, in welchen Gebieten mit hoher Nitratbelastung von der Länderöffnungsklausel nach § 13 des Entwurfs der Düngeverordnung zur Einführung besonderer Schutzbestimmungen nach den dort vorgegebenen Kriterien Gebrauch zu machen ist.
5. die Anschaffung von Landwirtschaftstechnik zur Emissionsminderung bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern zu fördern.
6. eine/n hauptamtliche/n Tierschutzbeauftragte/n zu berufen. Der/Die Tierschutzbeauftragte ist unabhängig tätig und wird von einer Geschäftsstelle unterstützt. Er/Sie wird die Landesregierung in Fragen der Tierhaltung beraten

und zu fachlichen und rechtlichen Fragen Stellung nehmen, Ansprechperson für Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Tierhalter sein, ihm/ihr bekannt gewordene Verstöße gegen Tierschutzrecht und Missstände gegenüber den zuständigen Behörden beanstanden, Initiativen zum Tierwohl entwickeln

und umsetzen und eine aktive Information der Öffentlichkeit betreiben. Er/Sie ist berechtigt, Stellungnahmen in Genehmigungsverfahren zum Bau von Stallanlagen mit obligatorischer Umweltverträglichkeitsprüfung abzugeben.

7. über einen Filtererlass den freiwilligen Einbau von Filtersystemen in Schweinemastanlagen mit mehr als 10 000 Mastplätzen innerhalb von 4 Jahren anzustreben und verpflichtend innerhalb von 7 Jahren umzusetzen.
8. bis Ende 2016 zu prüfen, wie die kommunalen Einflussmöglichkeiten, die Bürgerinformation und -beteiligung im Zusammenhang mit der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können."

Beigefügt sende ich Ihnen zu Ihrer Information den Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Neudruck des gemeinsamen Beschlussvorschlags von der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE.

Mit freundlichen Grüßen


Marco Büchel

Anlagen:

- Anlage 1: Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anlage 2: Neudruck des gemeinsamen Beschlussvorschlags der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für Europaangelegenheiten,
Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz
Der Vorsitzende
im Hause



Anlage 1

Potsdam, 8. April 2016

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zur Erarbeitung einer mitberatenden Stellungnahme des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz (AEEV) zum Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“

Der AEEV empfiehlt, die Forderungen des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ anzunehmen.

Im Wortlaut des Volksbegehrens fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner den Landtag dazu auf, „alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die stetige Ausbreitung der Massentierhaltungsanlagen in Brandenburg zu unterbinden“.

Die Forderungen, die sich im Wortlaut daran anschließen, sollten entsprechend der Vorschläge, die in der Debatte zum Volksbegehren entstanden sind, folgendermaßen konkretisiert werden:

Im Einzelnen:

Finanzielle Förderung ausschließlich bei artgerechter Tierhaltung

Das Volksbegehren gegen Massentierhaltung fordert, bei der jährlichen Anschlussrichtlinie zum Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) des Landes Brandenburg folgende Anpassungen vorzunehmen:

- Die Basisförderung soll abgeschafft werden. Stallbauten sollen lediglich im Rahmen der Premiumförderung gefördert werden. Die Premiumförderung soll auf 45% erhöht werden.
- Die Förderung soll an die jeweilige Bestandsgröße gekoppelt werden. Der Höchstsatz der Förderung soll nur für Betriebsgrößen gelten, die im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes ohne Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden.
- Die Premiumförderung soll weiter im Sinne einer artgerechten Tierhaltung spezifiziert werden, u.a.:
 - o erhöhtes Platzangebot
 - o jederzeit verfügbarer Auslauf
 - o Anforderungen an Stallböden und Einstreu
 - o Beschränkung der Gewichtszunahme
 - o Kastration nur unter Betäubung.

Der AEEV erachtet diese Forderungen als vertretbar, weil mit einer entsprechenden Anpassung des AFP nur solche Vorhaben gefördert werden würden, die mit einer tatsächlichen Verbesserung der Haltungsbedingungen im Sinne der Artgerechtigkeit verbunden sind.

Verbot des Kupierens von Schwänzen und Schnäbeln

Das Volksbegehren fordert:

- ab dem 1.1.2017 das Kupieren von Legehennen ohne Ausnahme zu verbieten
- ab dem 1.1.2018 das Kupieren von Masthühnern und Mastputen bzw. das Aufstallen von Masthühnern und Mastputen zu verbieten
- ab dem 1.1.2018 das Kupieren von Ferkeln bzw. das Aufstallen kupierter Absetzferkel zu verbieten
- sich für eine bundesweite Regelung zur Durchsetzung des Kupierverbots einzusetzen
- die Förderung durch einen Landesaktionsplan Tierhaltung mit einem Netzwerk an Demonstrationsbetrieben

Aus Sicht des AEEV trüge die Umsetzung der Forderungen dazu bei, bestehendes Recht durchzusetzen. So ist es gemäß der EU-Richtlinie 2008/12/120 EG nicht erlaubt, Schwänze von Schweinen routinemäßig zu kupieren. Auch nach §§ 5 und 6 Tierschutzgesetz darf das Kupieren von Schwänzen und das Kürzen von Schnäbeln (ohne Betäubung) nur in Ausnahmefällen und nach vorangegangener Einzelfallprüfung gestattet werden. Ausnahmegenehmigungen werden aber routinemäßig erteilt, weil die Haltungsbedingungen zu Verhaltensstörungen, etwa dem Anfressen der Schwänze und Federpicken, führen. Ein Landesaktionsplan

Tierschutz nach niedersächsischem Vorbild und ein Netzwerk an Demonstrationsbetrieben würde nach Einschätzung des AEEV die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften durch den Berufsstand erheblich begünstigen.

Schaffung eines/einer Landestierschutzbeauftragten

Das Volksbegehren fordert, eine / einen Tierschutzbeauftragte/n zu ernennen, die / der nicht weisungsgebunden ist und fachlich unabhängig agieren kann. Für die zielgerechte Aufgabenerfüllung sollte das Amt hauptamtlich besetzt sein sowie über ein eigenes Etat und eine Geschäftsstelle mit Referent/in und Sachbearbeiter/in verfügen.

Um die Umsetzung des Art. 20a GG zu gewährleisten, sollte aus Sicht des AEEV ein unabhängiger Tierschutzbeauftragter berufen werden, der dazu beitragen kann, bestehende Missstände zu verhindern und als Ansprechpartner/in für Tierschutzverbände und Verbraucherinnen und Verbraucher agieren kann.

Mitwirkungs- und Klagerechte für anerkannte Tierschutzverbände

Das Volksbegehren fordert, ein Gesetz über ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände mit Anfechtungsklage zu verabschieden, sowie darin Informations- und Mitwirkungsrechte zu verankern. Mit dem Verbandsklagerecht sollen anerkannte Tierschutzorganisationen gegen Genehmigungen, Verwaltungsakte oder die Untätigkeit von Behörden klagen können. Ziel ist es zu gewährleisten, dass verwaltungsrechtliche Verfahren auch im Tierschutz den geltenden rechtlichen Vorgaben entsprechen.

Die Anhörung im ALUL hat gezeigt, dass die Bedenken, die gegen ein Mitwirkungs- und Klagerecht angeführt wurden, leicht ausgeräumt werden können. Eine Klageflut ist keinesfalls zu erwarten, vielmehr würde das geforderte Klagerecht die Rechtssicherheit der Behörden und den Vollzug *geltenden* Tierschutzrechtes auch durch die immense Vorwirkung des Klagerechts erheblich stärken.

Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundesrat, um auf Bundesebene:

- **eine Verschärfung des Immissionsschutzrechtes zu erwirken**

Das Volksbegehren fordert, Maßnahmen zu ergreifen, um über die Novellierung zur Düngeverordnung hinaus Stickstoffeinträge und andere Immissionen zu minimieren, z.B. durch die Fortschreibung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG).

- **die Düngeverordnung zu novellieren**

Das Volksbegehren fordert u.a. die Verschärfung des Maßnahmenkatalogs der Düngeverordnung, um die Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft wirksam zu begrenzen und die Einführung der Bilanzierung nach Hoftorbilanz.

- **den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung zu reduzieren**

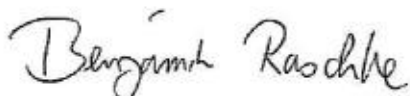
Das Volksbegehren fordert u.a. ein verbindliches Senkungsziel für die Gesamtmenge der in der Nutztierhaltung eingesetzten Antibiotika um 50% innerhalb von drei Jahren, eine lückenlose Dokumentation der Antibiotikagabe und die Durchsetzung der Einzeltierbehandlung bei Krankheiten.

- **das Selbstbestimmungs- und Mitspracherecht der Kommunen in Genehmigungsverfahren für Anlagen der Massentierhaltung zu stärken**

Das Volksbegehren fordert, insbesondere das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB als Ermessensentscheidung auszugestalten. Darüber hinaus soll die Privilegierung für bauliche Anlagen zur Tierhaltung im Außenbereich nach § 35 BauGB grundsätzlich entfallen, wenn die Anlagen einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz unterliegen.

Nach Einschätzung des AEEV haben die geforderten Bundesratsinitiativen schwerpunktmäßig zum Ziel, die umweltbezogenen Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft zu begrenzen. Weil es sich dabei um angemessene Forderungen handelt, die im Einklang mit den gegenwärtigen Maßnahmenkatalogen beispielsweise des Umweltbundesamts (UBA) sowie des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) stehen, werden sie vom AEEV befürwortet.

Nach Abwägung der o.g. Punkte empfiehlt der AEEV, die Forderungen des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ anzunehmen und gemäß der Ausführungen zu konkretisieren.



Benjamin Raschke

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg



CDU

FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG



An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik
und Verbraucherschutz
Herrn Marco Büchel

im Hause

Potsdam, den 12.04.2016

**Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und CDU zur Sitzung des Ausschusses für
Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz am 13. April 2016**

**Mitberatende Stellungnahme zum Volksbegehren „Volksinitiative gegen
Massentierhaltung“**

Die Fraktionen beantragen, dem Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und
Landwirtschaft folgenden Beschluss zu empfehlen:

Der Landtag nimmt das Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ in der
folgenden, veränderten Form an:

Wie bereits im März 2015 hat sich der Landtag mit den Forderungen des Volksbegehrens
weiter intensiv auseinandergesetzt. Er bekräftigt die im Beschluss des Landtages im März
2015 getroffenen Einschätzungen der Bedeutung der Tierhaltung in Brandenburg.

Die Nutztierhaltung in Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.
Tierhaltung sorgt für regionale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze, erzeugt Produkte mit
regionaler Herkunft, ist wichtig für Stoffkreisläufe in der Landwirtschaft und prägt das Bild
der Kulturlandschaft. Die Nutztierhaltung – nicht nur in Brandenburg – befindet sich in
einem Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen und gesellschaftlichen
Wünschen. Einerseits zwingen der zunehmende Wettbewerb und das preisbewusste

Einkaufsverhalten der Verbraucher die tierhaltenden Unternehmen ihre Produktionskosten fortlaufend zu senken, andererseits stehen die heutigen Produktionsmethoden der Nutztierhaltung teilweise in der gesellschaftlichen Kritik.

Der Landtag greift die Diskussion in der Zivilgesellschaft über eine moderne Tierhaltung auf. Übereinstimmung mit dem Volksbegehren sieht der Landtag in der Frage, dass Brandenburgs Landwirte die wichtigsten Partner in Fragen des Tierschutzes sind und dass eine artgerechte und flächenbezogene Nutztierhaltung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in Brandenburg gehört.

Gemäß Volksabstimmungsgesetz wird nur der gesamte Forderungskatalog des Volksbegehrens im Paket zur Abstimmung gestellt, nicht die Einzelforderungen. Da nicht alle Einzelforderungen durch den Landtag unterstützt werden, wird dem Volksbegehren nicht unverändert gefolgt, sondern es werden Anliegen des Volksbegehrens aufgenommen und konkretisiert.

In seiner Bewertung hat sich der Landtag davon leiten lassen, dass

- die Förderung von Tierhaltungsanlagen noch stärker als bisher mit einem höheren Tierwohlstandard verknüpft werden soll,
- das Kürzen von Schnäbeln und Kupieren von Schwänzen unmittelbar bei Vorliegen praktisch umsetzbarer Haltungsverfahren aufzugeben ist,
- die Umweltbelastung im Zusammenhang mit der Tierhaltung und der Antibiotikaeinsatz weiter reduziert und Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft begrenzt werden sollen.

Der Landtag sieht hier eine hohe Übereinstimmung mit den Forderungen des Volksbegehrens, betont aber zugleich, dass die damit einhergehende Weiterentwicklung der Tierhaltung zum Standard jedweder Tierhaltung in Brandenburg werden muss, unabhängig von der Größe der Anlagen.

Der Landtag unterstützt nicht die Forderung des Volksbegehrens nach Einführung eines Klagerechts für Tierschutzverbände. Die gesetzlichen Vorgaben des Tierschutzes binden die Genehmigungs- und Vollzugsbehörden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in der Agrarinvestitionsförderung für Stallbauten neben dem Verzicht auf die Basisförderung ab 2017 folgende Förderkriterien festzusetzen:

- Begrenzung der Förderung auf Tierhaltungsanlagen mit einem Tierbesatz bis zu 2 Großvieheinheiten/ha landwirtschaftlicher Betriebsfläche.
- Deckelung des Fördermittelanteils auf 600.000 € für Schweinemast- und Geflügelanlagen.

2. unter Beteiligung des Berufsstandes, des Aktionsbündnisses Agrarwende, der Wissenschaft und Interessenverbänden der Wirtschaft und des Tierschutzes bis Ende 2017 einen Tierschutzplan Brandenburg zu erarbeiten, der sich an bestehenden Landestierschutzplänen orientiert. Der Tierschutzplan wird ein Maßnahmenprogramm für die Nutztierhaltung zur Optimierung des Managements und der Haltungsbedingungen hinsichtlich des Tierwohls, zum Aufbau von Demonstrationsbetrieben, zum Verzicht auf das

Kupieren von Schwänzen und Schnäbeln und zur Umsetzung des Arzneimittelgesetzes zur Verbesserung der Transparenz und zur Reduzierung der Antibiotikaaanwendung enthalten. Ziel ist die Umsetzung des Vollzugs der EU-Richtlinie 2008/120/EG und des Tierschutzgesetzes zum Kupierverbot bis 2019. Der Tierschutzplan wird evaluiert und fortgeschrieben.

3. auf Bundesebene die anstehenden Novellierungen der Düngeverordnung und des Immissionsschutzrechts sowie die Umsetzung des Arzneimittelgesetzes im Sinne des Tier-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes und der Landwirtschaft aktiv zu begleiten, insbesondere für Verfahren der betriebsbezogenen Nährstoffbilanz (Nährstoffvergleiche, Hoftorbilanz) im Düngerecht einzutreten, um Nährstoffüberschüsse wirksam zu vermeiden.

4. zu prüfen, in welchen Gebieten mit hoher Nitratbelastung von der Länderöffnungsklausel nach § 13 des Entwurfs der Düngeverordnung zur Einführung besonderer Schutzbestimmungen nach den dort vorgegebenen Kriterien Gebrauch zu machen ist.

5. die Anschaffung von Landwirtschaftstechnik zur Emissionsminderung bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern zu fördern.

6. eine/n hauptamtliche/n Tierschutzbeauftragte/n zu berufen. Der/Die Tierschutzbeauftragte ist unabhängig tätig und wird von einer Geschäftsstelle unterstützt. Er/Sie wird die Landesregierung in Fragen der Tierhaltung beraten und zu fachlichen und rechtlichen Fragen Stellung nehmen, Ansprechperson für Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Tierhalter sein, ihm/ihr bekannt gewordene Verstöße gegen Tierschutzrecht und Missstände gegenüber den zuständigen Behörden beanstanden, Initiativen zum Tierwohl entwickeln und umsetzen und eine aktive Information der Öffentlichkeit betreiben. Er/Sie ist berechtigt, Stellungnahmen in Genehmigungsverfahren zum Bau von Stallanlagen mit obligatorischer Umweltverträglichkeitsprüfung abzugeben.

7. über einen Filtererlass den freiwilligen Einbau von Filtersystemen in Schweinemastanlagen mit mehr als 10 000 Mastplätzen innerhalb von 4 Jahren anzustreben und verpflichtend innerhalb von 7 Jahren umzusetzen.

8. bis Ende 2016 zu prüfen, wie die kommunalen Einflussmöglichkeiten, die Bürgerinformation und -beteiligung im Zusammenhang mit der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können.

Begründung:

Mit den aufgeführten Maßnahmen werden vor allem drei Ziele verfolgt. Die Förderung von Investitionen im Bereich Tierhaltung soll stärker auf die Berücksichtigung von Tierwohlkriterien und auf die Vermeidung von Emissionen ausgerichtet sein. Dazu gehört auch die Einführung eines flächenbezogenen Höchstbesatzes für geförderte Anlagen. Tierwohlstandards sollen weiter verbessert werden. Dem dient die Erarbeitung eines Tierschutzplans unter Beteiligung des Berufsstandes, der Wissenschaft und von Interessengruppen. Der Vollzug des Tierschutzes soll weiterhin durch die Einrichtung eines hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten verbessert werden, der zugleich Beratungstätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit übernehmen soll. Durch Begleitung der

laufenden Veränderungen auf Bundesebene beim Düngerecht, im Immissionsschutzrecht und beim Arzneimittelgesetz sowie deren Umsetzung in Brandenburg sollen hohe Schutzstandards für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange gewährleistet werden.



Tina Fischer
SPD-Fraktion



Marco Büchel
Fraktion DIE LINKE



Henryk Wichmann
CDU-Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft
Der Vorsitzende
im Hause



Potsdam, 8. April 2016

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (ALUL) zum Volksbegehren „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“

Der ALUL empfiehlt, die Forderungen des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ anzunehmen.

Im Wortlaut des Volksbegehrens fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner den Landtag dazu auf, „alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die stetige Ausbreitung der Massentierhaltungsanlagen in Brandenburg zu unterbinden“.

Die Forderungen, die sich im Wortlaut daran anschließen, sollten entsprechend der Vorschläge, die in der Debatte zum Volksbegehren entstanden sind, folgendermaßen konkretisiert werden:

Im Einzelnen:

Finanzielle Förderung ausschließlich bei artgerechter Tierhaltung

Das Volksbegehren gegen Massentierhaltung fordert, bei der jährlichen Anschlussrichtlinie zum Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) des Landes Brandenburg folgende Anpassungen vorzunehmen:

- Die Basisförderung soll abgeschafft werden. Stallbauten sollen lediglich im Rahmen der Premiumförderung gefördert werden. Die Premiumförderung soll auf 45% erhöht werden.
- Die Förderung soll an die jeweilige Bestandsgröße gekoppelt werden. Der Höchstsatz der Förderung soll nur für Betriebsgrößen gelten, die im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes ohne Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden.
- Die Premiumförderung soll weiter im Sinne einer artgerechten Tierhaltung spezifiziert werden, u.a.:
 - o erhöhtes Platzangebot
 - o jederzeit verfügbarer Auslauf
 - o Anforderungen an Stallböden und Einstreu
 - o Beschränkung der Gewichtszunahme
 - o Kastration nur unter Betäubung

Der ALUL erachtet diese Forderungen als vertretbar, weil mit einer entsprechenden Anpassung des AFP nur solche Vorhaben gefördert werden würden, die mit einer tatsächlichen Verbesserung der Haltungsbedingungen im Sinne der Artgerechtigkeit verbunden sind.

Verbot des Kupierens von Schwänzen und Schnäbeln

Das Volksbegehren fordert:

- ab dem 1.1.2017 das Kupieren von Legehennen ohne Ausnahme zu verbieten
- ab dem 1.1.2018 das Kupieren von Masthühnern und Mastputen bzw. das Aufstallen von Masthühnern und Mastputen zu verbieten
- ab dem 1.1.2018 das Kupieren von Ferkeln bzw. das Aufstallen kupierter Absetzferkel zu verbieten
- sich für eine bundesweite Regelung zur Durchsetzung des Kupierverbots einzusetzen
- die Förderung durch einen Landesaktionsplan Tierhaltung mit einem Netzwerk an Demonstrationsbetrieben

Aus Sicht des ALUL trüge die Umsetzung der Forderungen dazu bei, bestehendes Recht durchzusetzen. So ist es gemäß der EU-Richtlinie 2008/12/120 EG nicht erlaubt, Schwänze von Schweinen routinemäßig zu kupieren. Auch nach §§ 5 und 6 Tierschutzgesetz darf das Kupieren von Schwänzen und das Kürzen von Schnäbeln (ohne Betäubung) nur in Ausnahmefällen und nach vorangegangener Einzelfallprüfung gestattet werden. Ausnahmegenehmigungen werden aber routinemäßig erteilt, weil die Haltungsbedingungen zu Verhaltensstörungen, etwa dem Anfressen der Schwänze und Federpicken, führen. Ein Landesaktionsplan

Tierschutz nach niedersächsischem Vorbild und ein Netzwerk an Demonstrationsbetrieben würde nach Einschätzung des ALUL die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften durch den Berufsstand erheblich begünstigen.

Schaffung eines/einer Landestierschutzbeauftragten

Das Volksbegehren fordert, eine / einen Tierschutzbeauftragte/n zu ernennen, die / der nicht weisungsgebunden ist und fachlich unabhängig agieren kann. Für die zielgerechte Aufgabenerfüllung sollte das Amt hauptamtlich besetzt sein sowie über ein eigenes Etat und eine Geschäftsstelle mit Referent/in und Sachbearbeiter/in verfügen.

Um die Umsetzung des Art. 20a GG zu gewährleisten, sollte aus Sicht des ALUL ein unabhängiger Tierschutzbeauftragter berufen werden, der dazu beitragen kann, bestehende Missstände zu verhindern und als Ansprechpartner/in für Tierschutzverbände und Verbraucherinnen und Verbraucher agieren kann.

Mitwirkungs- und Klagerechte für anerkannte Tierschutzverbände

Das Volksbegehren fordert, ein Gesetz über ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände mit Anfechtungsklage zu verabschieden, sowie darin Informations- und Mitwirkungsrechte zu verankern. Mit dem Verbandsklagerecht sollen anerkannte Tierschutzorganisationen gegen Genehmigungen, Verwaltungsakte oder die Untätigkeit von Behörden klagen können. Ziel ist es zu gewährleisten, dass verwaltungsrechtliche Verfahren auch im Tierschutz den geltenden rechtlichen Vorgaben entsprechen.

Die Anhörung im ALUL hat gezeigt, dass die Bedenken, die gegen ein Mitwirkungs- und Klagerecht angeführt wurden, leicht ausgeräumt werden können. Eine Klageflut ist keinesfalls zu erwarten, vielmehr würde das geforderte Klagerecht die Rechtssicherheit der Behörden und den Vollzug *geltenden* Tierschutzrechtes auch durch die immense Vorwirkung des Klagerechts erheblich stärken.

Einbringung eines Gesetzentwurfs in den Bundesrat, um auf Bundesebene:

• eine Verschärfung des Immissionsschutzrechtes zu erwirken

Das Volksbegehren fordert, Maßnahmen zu ergreifen, um über die Novellierung zur Düngeverordnung hinaus Stickstoffeinträge und andere Immissionen zu minimieren, z.B. durch die Fortschreibung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG).

- **die Düngeverordnung zu novellieren**

Das Volksbegehren fordert u.a. die Verschärfung des Maßnahmenkatalogs der Düngeverordnung, um die Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft wirksam zu begrenzen und die Einführung der Bilanzierung nach Hoftorbilanz.

- **den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung zu reduzieren**

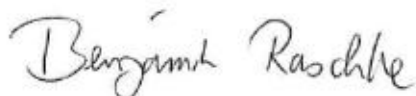
Das Volksbegehren fordert u.a. ein verbindliches Senkungsziel für die Gesamtmenge der in der Nutztierhaltung eingesetzten Antibiotika um 50% innerhalb von drei Jahren, eine lückenlose Dokumentation der Antibiotikagabe und die Durchsetzung der Einzeltierbehandlung bei Krankheiten.

- **das Selbstbestimmungs- und Mitspracherecht der Kommunen in Genehmigungsverfahren für Anlagen der Massentierhaltung zu stärken**

Das Volksbegehren fordert, insbesondere das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB als Ermessensentscheidung auszugestalten. Darüber hinaus soll die Privilegierung für bauliche Anlagen zur Tierhaltung im Außenbereich nach § 35 BauGB grundsätzlich entfallen, wenn die Anlagen einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz unterliegen.

Nach Einschätzung des ALUL haben die geforderten Bundesratsinitiativen schwerpunktmäßig zum Ziel, die umweltbezogenen Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft zu begrenzen. Weil es sich dabei um angemessene Forderungen handelt, die im Einklang mit den gegenwärtigen Maßnahmenkatalogen beispielsweise des Umweltbundesamts (UBA) sowie des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) stehen, werden sie vom ALUL befürwortet.

Nach Abwägung der o.g. Punkte empfiehlt der ALUL, die Forderungen des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ anzunehmen und gemäß der Ausführungen zu konkretisieren.



Benjamin Raschke

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg

Gute Landwirtschaft. Gutes Essen. Gutes Leben. Für Alle.



Landtag Brandenburg
Ausschuss für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft
Herrn Vorsitzenden Sven Schröder
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, den 11.4.2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir möchten Sie darüber in Kenntnis setzen, dass wir als Vertreter/innen des Volksbegehrens „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ beabsichtigen, gemäß § 26 Abs. 2 des Volksabstimmungsgesetzes den Antrag zu stellen, das Volksbegehren für erledigt zu erklären.

Voraussetzung dafür ist, dass der Landtag das Volksbegehren in der vom Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in seiner 18. Sitzung am 13. April 2016 beschlossenen veränderten Form annimmt.

Mit freundlichen Grüßen


Jochen Fritz

Ellen Schütze

Axel Kruschat


Holger Ackermann

Inka Thunecke

